



Hauptausschuss

37. Sitzung (öffentlich)

8. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11.35 Uhr

11:50 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz
2008)** **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200

(s. a. Vorlage 14/1443)

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über
Änderungsanträge der Fraktionen

Einzelplan 01 **10**

Der Ausschuss beschließt den Einzelplan mit den Stimmen
aller Fraktionen.

Einzelplan 02 **10****Zu den Anträgen lfd. Nrn. 1 und 2** **13**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 3 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 4 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 5 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 6 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 7 **17**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 8 **17**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 8 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 9 **17**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 10 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 11 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 12 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 13 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Gesamtabstimmung **20**

Der Ausschuss gibt dem Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung.

2 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (s. Anlage) 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

In Verbindung mit:

Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867

- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Lothar Hegemann (CDU), TOP 2 nicht von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3978 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an der Abstimmung zu.

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 14/4867 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an der Abstimmung ab.

3 Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes 35

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5219

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Der Ausschuss votiert mit den Stimmen aller vier Fraktionen für den Gesetzentwurf.

4 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

(vgl. Vorlage 14/1353)

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss wird auf Antrag der SPD-Fraktion zu dem Antrag ein Expertengespräch durchführen. Über den Termin für eine Sondersitzung des Hauptausschusses und die Zahl der Sachverständigen ist noch eine Verständigung unter den Obleuten zu erzielen.

5 Forschungsland NRW muss wieder gestärkt und international sichtbar werden 38

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5007

- nach Möglichkeit Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

6 Kein Platz für Kreationismus an Nordrhein-Westfalens Schulen 39

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5022

- nach Möglichkeit Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss lehnt die Ziffer IV des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt die Ziffer V des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den restlichen Teil des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag insgesamt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

- | | | |
|-----------|--|-----------|
| 7 | Zwischenbericht 2007: Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen | 41 |
| | Vorlage 14/1338 | |
| 8 | Verschiedenes | 41 |
| | AdR-Stellungnahme zum Europäischen Forschungsraum: Berichterstattung durch Herrn Abg. Michael Schroeren, stv. Mitglied des AdR | |
| 9 | Finanzierung Euregios 2007 - 2013 | 41 |
| | - schriftlicher Bericht - | |
| 10 | Geplante Kooperation mit Ghana | 41 |
| | - schriftlicher Bericht - | |
| 11 | Stand internationale Beziehungen des Landes | 41 |
| | - schriftlicher Bericht - | |

12 Kosten Landesdesign**41**

- schriftlicher Bericht -

Da mit 13 Uhr das Ende der vereinbarten Sitzungszeit erreicht ist, schließt der Vorsitzende die Sitzung. Die TOP 7 bis 12 werden nicht mehr behandelt. Der Vorsitzende kündigt an, die Sprecher der Fraktionen relativ bald zu einem Treffen zusammenzurufen, um sich über einen neuen Termin und das weitere Verfahren mit den TOP 7 bis 12 zu verständigen.

* * *

3 Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5219

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

(vom Plenum am 24. Oktober 2007 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Carina Gödecke (SPD) erklärt, die Vertreterversammlung des Versorgungswerkes Nordrhein-Westfalen habe in ihrer letzten Sitzung an der Satzung des Versorgungswerkes an mehreren Stellen zum Teil redaktionelle, zum Teil materielle Änderungen vorgenommen.

Eine der materiellen Änderungen könne nur bei entsprechender Änderung der Rechtsgrundlage, des Abgeordnetengesetzes Nordrhein-Westfalen, durchgeführt werden und Wirkung entfalten. Es handele sich dabei um die Frage, ab wann aus Rentenanwartschaften Renten entstünden. Bisher gelte im Abgeordnetenrecht die 60-Monats-Regelung. Hier solle durch den gemeinsam von den vier Fraktionen eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes eine Reduzierung auf 30 Monate erfolgen. Diese 30 Monate setzten sich aus 12 Monaten Mitgliedschaft im Landtag und Zahlung in das Versorgungswerk plus 18 Monaten freiwillige Leistungen und Zahlung in das Versorgungswerk zusammen, wobei die freiwilligen Leistungen in Höhe des jeweils dann geltenden Pflichtbeitrages erfolgen müssten.

Alle anderen Änderungen leiteten sich aus dieser grundständigen Änderung ab.

Dies berücksichtige insbesondere die Interessen der nachgerückten Abgeordneten und derjenigen, die das Parlament vorzeitig verließen.

Zur öffentlichen Argumentation müsse man wissen, dass durch den Systemwechsel bei der Altersversorgung der Abgeordneten die Abgeordneten eine eigenfinanzierte kapitalgedeckte Altersversorgung aufbauten und damit aus dem alten Gesetz übernommene oder umgesetzte Implikationen, was Wartezeiten angehe, in dem Fall nicht zum Tragen kämen.

Sie freue sich, dass man gerade im Interesse der Kolleginnen und Kollegen, die sich insbesondere Sorgen gemacht hätten, ob sie entsprechend lange dem Parlament angehören oder vielleicht nicht wiedergewählt würden, eine sachdienliche, gesetzlich zulässige und vertretbare Lösung gefunden habe.

Michael Schroeren (CDU) betont das große Einvernehmen in der Vertreterversammlung.

Der Ausschuss votiert mit den Stimmen aller vier Fraktionen für den Gesetzentwurf.